

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	21.10.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Berichtswesen zum Produkthaushalt 2014 - 2. Tertialsbericht

Betroffene Produktgruppe

Alle Produktgruppen

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Insgesamt ist nach dem 2. Tertialsbericht 2014 eine Verschlechterung des Jahresergebnisses von 10,4 Mio. € zu erwarten.

Sachverhalt:

Nach den Richtlinien für das Berichtswesen im Produkthaushalt der Stadt Bielefeld ist der zweite Produktgruppenbericht zum Ende des zweiten Tertials (Stand 31.08.) vorgesehen. Dabei ist bei Abweichungen der Finanzdaten in den Produktgruppen ab 10 % oder 250.000 Euro zur Prognose zum Jahresende zu berichten oder wenn der Produktgruppenverantwortliche es für angebracht hält.

In der Anlage sind alle Rückmeldungen der Organisationseinheiten zu den Finanzdaten der Produktgruppen zusammengefasst.

Der genehmigte Ansatz des Haushaltsplanes 2014 weist einen Fehlbetrag in Höhe von 56,8 Mio. € aus. Insgesamt wird nach dem 2. Tertial 2014 ohne Berücksichtigung der im Jahresabschluss notwendigen Buchungen eine Verschlechterung von 10,4 Mio. € prognostiziert.

Folgende wesentlichen Entwicklungen sind für die aktuelle Prognose verantwortlich:

Für die Gewerbesteuer wird derzeit ein Minderertrag von brutto 15,8 Mio. € (netto 13,5 Mio. €) prognostiziert.

Aufgrund von höheren Wertberichtigungen auf Steuerforderungen wird von einem Mehraufwand von 1,5 Mio. € ausgegangen.

Eine Verbesserung von 2,2 Mio. € ergibt sich durch die höhere Gewinnabführung des UWB und von 1,8 Mio. € durch die nicht erwartete Zuweisung des Landes aus deren Wohngeldersparnis. Im Bereich der Zinsaufwendungen ergibt sich voraussichtlich eine Verbesserung in Höhe von 6,0 Mio. €, die maßgeblich auf der weiterhin sehr günstigen Zinsentwicklung für Liquiditätskredite im Tagesgeschäft beruht.

Aufgrund der nicht erfolgten Gewinnausschüttung der BBVG ergeben sich Mindererträge von 2,5 Mio. €.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeit wird insbesondere durch eine etwas gestiegene Fallzahl mit einer Verschlechterung von 1,2 Mio. € gerechnet.

Durch die steigende Zahl der Asylbewerber erhöhen sich die Aufwendungen um 2,4 Mio. € und aufgrund von Kostensteigerungen bei der Hilfe zur Pflege um 1,5 Mio. €.

Im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe verschlechtert sich das Ergebnis aufgrund von Fallzahl- und Kostensteigerungen um 2,2 Mio. €.

Durch geringere Zuschüsse an die freien Kita-Träger aufgrund verspäteter Inbetriebnahme der U3-Plätze, Veränderungen in der wöchentlichen Stundenbetreuung und der höheren Refinanzierungsquote durch das Land ergeben sich Verbesserungen von 2,5 Mio. €.

Da sich im September andeutete, dass das Gewerbesteueraufkommen spürbar hinter dem erwarteten Ansatz zurückbleiben könnte, wurde vom Stadtkämmerer eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt. Dadurch sollen bis zum Jahresende bis zu 6 Mio. € eingespart werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es zusätzlich zu den in dieser Vorlage enthaltenen Prognosen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zu weiteren Veränderungen kommen kann. Aufgrund der Erfahrungen mit den bisherigen Jahresabschlüssen sind die notwendigen Wertberichtigungen bei den Forderungen, die Entnahmen bzw. Zuführungen im Zusammenhang mit den Gebührenabschlüssen sowie die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen aufgrund des im Februar 2015 vorliegenden Heubeck-Gutachtens nicht einschätzbar.

Stadtkämmerer

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.